



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 04.12.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 20:03 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Prof. Dr. Claudia Dalbert, Vorsitzende
Alexander Raue

Thorben Vierkant

Dr. Jörg Erdsack
Dr. Ulrike Wünscher

Thomas Schied
Dr. Silke Burkert
Sarah Labusga
Tim Kehr wieder

Torsten Doege
Josef Hebeda
Marion Krischok
Julius Neumann

Stefan Schulz

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
anwesend bis 19.39 Uhr
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Herrn Böhlke
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Vertretung für Herrn Petzold
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Volt/MitBürger
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner,
anwesend ab 18.21 Uhr
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf

Simon Kuchta
Tobias Teschner
Andreas Rühl
Ralf Bucher
Daniel Zwick
Simone Trettin

Sophia Waldowski

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Umwelt
und Sicherheit
Leiter Fachbereich Umwelt
Leiter Fachbereich Sicherheit
Leiter Abteilung Denkmalschutz
Fuß- und Radverkehrsbeauftragter
Leiter Team Klimaschutz
Leiterin Abteilung Stadtentwicklung und
Freiraumplanung
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Markus Schneider

Vorsitzender 1. Hallescher
Drachenbootverein

Entschuldigt fehlten:

Olaf Böhlke
Daniel Petzold
Patricia Fromme
Andreas Wels
Johannes Menke
Miriam Schöps
Sabine Wolf

AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Ausschussvorsitzenden, **Frau Prof. Dr. Dalbert**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte Herrn Schied als neues Mitglied im Ausschuss.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, unter TOP 6.9 wird der Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) behandelt. Der Vorschlag lautet, diesen Punkt zu vertagen, da der Antrag im AWWD ebenfalls bis März 2026 vertagt wurde.

Die Bestätigung der Niederschrift vom 13.11.2025 im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil wird vertagt, da keine Niederschrift zur Bestätigung vorliegt.

Unter TOP 6.7 wird der Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines Smart City Dashboards für Halle (Saale) behandelt, wobei eine Änderung im Beschlussvorschlag vorgenommen wurde.

Unter TOP 6.8 wird der Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG behandelt. Auch hier gab es eine Änderung im Beschlussvorschlag.

Zusätzlich gibt es eine neue Mitteilung unter TOP 7.1: Die Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) enthält.

Frau Dr. Burkert beantragte das Rederecht für Herrn Schneider zu TOP 5.2. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Baubeschluss Neugestaltung Platz der Völkerfreundschaft
Vorlage: VIII/2025/01507
 - 5.2. Kombiniertes Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung
Vorlage: VIII/2025/01521

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Erweiterung des P&R Parkplatzes Büschdorf

Vorlage: VIII/2025/01754

- 6.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Schaffung eines Parkraumkonzeptes für die Peißnitzbühne

Vorlage: VIII/2025/01755

- 6.3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verbesserung der Parksituation in der Moses-Biletzky-Straße

Vorlage: VIII/2025/01800

- 6.4. Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) auf Prüfung der Einführung von kontrollintensiven Bereichen zur Einschränkungen des zu öffentlichen Verschmutzungen und Vandalismus führenden Alkoholmißbrauches

Vorlage: VIII/2025/01801

- 6.5. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur "Roten Liste der bedrohten Baudenkmale"

Vorlage: VIII/2025/01639

- 6.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Errichten einer Fahrradabstellanlage in der Niemeyerstraße

Vorlage: VIII/2025/01594

- 6.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines Smart City Dashboards für Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2025/01788

- 6.8. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG

Vorlage: VIII/2025/01624

- 6.10. Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Austausch der störanfälligen Senkelekranten am Marktplatz Halle (Saale).

Vorlage: VIII/2025/01791

7. Mitteilungen

- 7.1. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2025/02012

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten und zum Schutz schwacher Verkehrsteilnehmender nach schweren Unfällen

Vorlage: VIII/2025/01963

- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Luftqualität und Belastung im Bereich der Paracelsusstraße

Vorlage: VIII/2025/01964

- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Situation von Wildschweinen im

Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01965

8.4. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu Einbürgerungen in Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01864

9. Anregungen

11. Beschlussvorlagen

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum illegalen Plakatieren

Fragesteller 1 sagte, dass das illegale Plakatieren ständiger Begleiter in der Stadtöffentlichkeit geworden ist, besonders im Stadtzentrum. Er fragte, wie viele Fälle der illegalen Plakatierung im Jahr 2025 geahndet.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 3.2 Fragesteller 2 zum TOP 5.2

Fragesteller 2 fragte zum Verlauf des geplanten Radweges. Bei dem aktuellen Verlauf gibt es Einschränkungen für das Vereinsgelände. Er fragte, warum der Verlauf nicht so weit verschoben wird, um den Verlauf durch den Stadtwald zu verlegen, ohne den Zaun und das Gelände vom Verein zu tangieren.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine gemeinsame Diskussion und Behandlung dieser Anfrage mit dem TOP 5.2 günstiger gewesen wäre.

Frau Trettin sagte, dass der Trassenverlauf intensiv mit dem Verein diskutiert wurde. Es wurde versucht, den Eingriff in das Vereinsgelände so klein wie möglich zu halten. Die aktuelle Beschlussvorlage enthält eine Kompromisslösung. Sie verwies auf die Pläne, die im TOP 5.2 in der Präsentation gezeigt werden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Baubeschluss Neugestaltung Platz der Völkerfreundschaft** **Vorlage: VIII/2025/01507**

Frau Trettin führte anhand der Präsentation in die Vorlage ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga fragte, wie der barrierefreie Weg verläuft.

Frau Trettin erklärte, dass der Weg über eine gesicherte Querung an der Ampelanlage am Südstadtring führt und anschließend an den beiden Hochhäusern vorbeigeht.

Herr Raue erkundigte sich, ob eine kostengünstigere Reparatur der Fläche nicht ausgereicht hätte, statt sie vollständig zu erneuern.

Frau Trettin sagte, dass an den sechzig Jahre alten Belegen nichts mehr zu retten ist.

Herr Kehrwieder fragte, warum man sich gegen die Gestaltung des Trampelpfads als befestigten Weg, zum Beispiel in Form einer Treppe, entschieden hat.

Frau Trettin sagte, dass es diese Überlegung gegeben hat. Diese Treppe würde jedoch nicht dahin führen, wo die Leute hinwollen. Auf der anderen Seite gibt es eine gesicherte Querung. Aus Sicht der Verwaltung liegt die Verantwortung dahingehend, das so zu steuern, dass diese, durchaus gefährliche Nutzung, nicht unterstützt wird.

Herr Kehrwieder fragte zu den Bäumen in der Nähe des Trampelpfades. Er befürchtet, dass das zu einer Verdunkelung der Sicht führen kann.

Frau Trettin sagte, dass alles Dunkelgrüne auf dem Plan die Bestandsbäume darstellen. Es wird nur ein Teil neu gesetzt.

Herr Raue fragte, was mit den Bäumen geschieht, die jetzt dort stehen.

Frau Trettin erklärte, dass einige der Bäume erhebliche Stammschäden aufweisen. Eine Umsetzung ist daher nicht möglich, und die Bäume sind nicht mehr zu retten.

Herr Schied äußerte seine Zustimmung zur Planung.

Herr Vierkant fragte, ob es noch weitere Planungen gibt, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Frau Trettin wies darauf hin, dass auch die Kosten eine Rolle spielen. Sie hofft, dass die Höhe von einem Meter ausreichend ist, um die Nutzung durch Menschen zu verhindern.

Herr Vierkant fragte, was noch an Budget offen ist.

Frau Trettin antwortete, dass sich alle Kosten dieser Planung im Budgetrahmen bewegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für das Vorhaben Neugestaltung Platz der Völkerfreundschaft auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der Umgestaltung Platz der Völkerfreundschaft mit einem Gesamtkostenrahmen von 975.848 €.

zu 5.2 Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung
Vorlage: VIII/2025/01521

zu 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung –
Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02098

Frau Trettin führte anhand der Präsentation in die Vorlage ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Döge fragte, ob die Variante bei dem Abschnitt 1, ganz westlich, nicht möglich ist, da sie über das Vereinsgelände läuft.

Frau Trettin bejahte das.

Herr Doege fragte, ob das alles Betonstrecke wird.

Frau Trettin sagte, dass asphaltiert wird, da es am dauerhaftesten ist.

Frau Labusga fragte ob im Abschnitt 1, Variante 1 die Kosten für das Versetzen der Tore und Zäune einberechnet ist.

Frau Trettin sagte, dass das die Kosten verursacht.

Herr Schneider sagte, dass die Nutzung des großen Zeltes zu den Veranstaltungen nicht möglich ist mit diesen Varianten. Das Zelt hat eine Breite von 15 Metern. Er bemängelte, dass die Daten auf der Zeichnung und im Text nicht übereinstimmen. An der geringsten Stelle ist der Grünstreifen sechs Meter breit und an der breitesten Stelle 6,50 Meter. Demzufolge bleiben maximal 4,20 Meter, beziehungsweise 4,70 Meter, übrig.

Die Deutschen Meisterschaften mit über 1000 sportlichen Teilnehmern aus ganz Deutschland, war ein Highlight für den Verein. Man möchte auch in Zukunft solche

Veranstaltungen durchführen. Er sagte, dass es auch schon Gespräche vor Ort gab, unter anderem mit Herrn Rebenstorf. Er bemängelte, dass durchgeführte Arbeiten, die durch Flutmittel aufgebaut wurden, wieder entfernt werden sollen.

Frau Trettin antwortete, dass der Zaun versetzt werden soll. Sie fragte Herrn Schneider, was die Kompromisslösung sein soll.

Herr Schneider sagte, ein Ansatz wäre die Fällung der Eichen.

Frau Trettin sagte, dass das die Entscheidung des Ausschusses ist, ob man diesem Vorschlag folgen möchte. Die Verwaltung hat ihre Beweggründe ausreichend dargelegt.

Frau Dr. Burkert sagte, dass das Gelände sehr schön und modern gestaltet ist. Durch die Hanglage ist es schwierig, dort ein großes Zelt aufzustellen. Man könnte den Fahrradweg direkt neben dem Zaun führen, am Rand des Wäldchens. Das scheint eine vernünftige Variante und ein guter Kompromiss zu sein.

Herr Raue schloss sich den Aussagen von Frau Dr. Burkert an. Die Verwaltung sollte sich kompromissbereit zeigen und eine kleine Umplanung vornehmen.

Herr Doege zeigte sich entsetzt über die Äußerungen über Fällungen der Eichen.

Frau Labusga fragte, wie oft im Jahr Veranstaltungen stattfinden, bei denen das große Zelt auf dem Gelände aufgebaut werden muss.

Herr Schneider sagte, dass der Drachenbootcup jährlich stattfindet. Im Juni des kommenden Jahres wird der Kanuverein die Landesmeisterschaft im Kanu-Rennsport auf dem Gelände austragen.

Herr Hebeda sagte, dass man über eine alternative Variante sprechen muss. Einzelne Bäume werden dort wohl keine entscheidende Rolle spielen. Er erkundigte sich zur Ortsumfahrung der B6, welche Rolle die Planung dabei gespielt hat und wie die Verkehrsführung sowie -sicherung aussehen werden, falls der Bau realisiert wird.

Frau Trettin sagte, dass es dazu bereits Abstimmung mit dem Landesstraßenbaubetrieb gab. Die Planungen für die B6 sind mit den aktuellen Varianten kompatibel.

Herr Raue schlug vor, einen Änderungsantrag zu erstellen und die Verwaltung aufzufordern, die Strecke nochmal umzuplanen. Man muss ja heute nicht darüber abstimmen.

Frau Trettin bat um eine heutige Abstimmung, da sonst Fördergelder verloren gehen, wenn sich die Zustimmung zum Baubeschluss verzögert.

Herr Schied fragte zum Verständnis, dass es mit der Verwaltung schon mehrfach Termine vor Ort gab und die jetzige Variante ein Kompromiss ist. Jetzt möchte der Verein was völlig Neues. Die Planungsleistungen bedeuten auch einen gewissen Aufwand. Eine weitere Verzögerung würde sich negativ auf die Finanzierung auswirken.

Frau Trettin sagte, dass das eine Anpassung bedeuten würde. Die Kosten, die damit verbunden sind, sind nicht immens. Es wurde versucht einen Kompromiss zu finden. Bei einem Kompromiss ist keiner zu einhundert Prozent zufrieden. Es gab allerdings klare Ansagen der unteren Naturschutzbehörde. Der Zeitfaktor spielt eine wesentliche Rolle.

Herr Schied sagte, dass das ein Kompromiss ist zwischen Naturschutz und den Belangen des Vereins. Er plädierte für die Variante der Verwaltung. Die großen Veranstaltungen finden

nicht regelmäßig statt.

Herr Schneider sagte, dass er mit den Kompromissen nicht einverstanden ist.

Herr Schied fragte, ob das große Zelt mit der Variante von der Verwaltung aufgebaut werden kann oder nicht.

Herr Schneider verneinte das.

Herr Kehrwieder fragte, ob die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag einbringen möchte.

Frau Dr. Burkert bejahte das.

Herr Vierkant fragte, wenn man die vorgeschlagene Variante zur Änderung nehmen würde, ob es auch eine Verbesserung der Straßensituation eingeschlossen sein?

Frau Trettin sagte, dass das nicht Inhalt des Förderantrages ist.

Herr Raue fragte, wie ein Änderungsantrag lauten müsste, damit der Drachenbootverein zufrieden ist.

Frau Trettin sagte, dass es zwei grundsätzliche Ansätze dafür gibt. Einmal, man folgt der Variante 3.2. Das ist aus Sicht der Verwaltung eine ungünstige Lösung. Die andere Variante ist, dass die Eichen gefällt werden und man direkt am Zaun entlang geht.

Frau Dr. Burkert bat darum, Herrn Schneider nochmals das Wort zu erteilen.

Herr Schneider informierte darüber, dass die Straße in den letzten Wochen erneuert wurde.

Frau Dr. Burkert stellte einen Änderungsantrag, der folgende Fassung enthalten soll:

Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt die Variante 1.2 vom Abschnitt 1 und **eine neue** die Variante 3.3 ~~1~~, **die eine Wegeführung außerhalb des Vereinsgeländes am Zaun entlang mit einem 75 cm Sicherheitsabstand vorsieht**, vom Abschnitt 3 als Vorzugsvarianten für die weitere Planung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse.

Herr Doege fragte, ob die untere Naturschutzbehörde die Fällung der Eichen überhaupt genehmigen würde.

Herr Kuchta sagte, dass er die Frage aktuell nicht beantworten kann. Er verweist auf den Naturschutzbeirat. Der Beirat bevorzugt die Variante, die über das Gelände der Drachenbootvereins geht. Man muss sich einigen, um die Natur weitestgehend zu schützen. Bis zur kommenden Stadtratssitzung soll es dazu eine Stellungnahme geben.

Herr Doege wies darauf hin, dass das ganze Areal Landschaftsschutzgebiet werden soll bis Mitte des kommenden Jahres. Für das Fällen von Bäumen fehlt ihm jegliches Verständnis.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

zu 5.2.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring
Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung –
Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02098**

Abstimmungsergebnis skE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt die Variante 1.2 vom Abschnitt 1 und **eine neue die Variante 3.3 1, die eine Wegeführung außerhalb des Vereinsgeländes am Zaun entlang mit einem 75 cm Sicherheitsabstand vorsieht**, vom Abschnitt 3 als Vorzugsvarianten für die weitere Planung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse.

zu 5.2 **Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost –
Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung
Vorlage: VIII/2025/01521**

Abstimmungsergebnis skE: zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Variante 1.2 vom Abschnitt 1 und **eine neue die Variante 3.3 1, die eine Wegeführung außerhalb des Vereinsgeländes am Zaun entlang mit einem 75 cm Sicherheitsabstand vorsieht**, vom Abschnitt 3 als Vorzugsvarianten für die weitere Planung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse.

2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse mit einem Gesamtkostenrahmen von 2.078.413 €.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Erweiterung des P&R
Parkplatzes Büschdorf
Vorlage: VIII/2025/01754**

Herr Vierkant führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf bestätigte die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob es einen konkreten Anlass, wie zum Beispiel eine Baustelle, gab, die die Überlastung begründet.

Herr Vierkant verneinte das.

Herr Dr. Erdsack sagte, dass die Stichprobe am Freitag, den 10.10.2025, durchgeführt wurde. Seiner Erfahrung nach ist freitags in der Regel weniger Verkehr als von Montag bis Donnerstag. Er vermutet, dass dies einen Einfluss auf die Ergebnisse gehabt haben könnte.

Herr Rebenstorf sagte, dass es sich nicht um eine wissenschaftliche Untersuchung handelte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob der P+R Parkplatz Endhaltestelle Büschdorf mit Hilfe umliegender Flächen erweitert werden kann.
2. Falls notwendig sind entsprechende Gespräche mit Eigentümern angrenzender Flächen zu führen.
3. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis Mai 2026 eine Machbarkeitsstudie und eine Kostenschätzung vor.

**zu 6.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Schaffung eines Parkraumkonzeptes für die Peißnitzbühne
Vorlage: VIII/2025/01755**

Herr Vierkant führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung. Er sagte, er hat sich eine fachliche Stellungnahme zur Zustimmung der Verwaltung gewünscht.

Herr Rebenstorf sagte, dass bei einer Zustimmung keine Begründung abgegeben wird.

Herr Schied sagte, dass es nach seinem Verständnis der übertragene Wirkungskreis ist. Der Antrag wäre daher nur als Anregung möglich.

Herr Rebenstorf nahm die Aussage zur Kenntnis.

Frau Dr. Wünscher bestätigte die Aussage, dass es sich um einen übertragenen Wirkungskreis handelt. Sie fragte, wie man auf die Idee kommen könne, mit dem Auto so nah an die Bühne heranzufahren, wo diese im Grünen Herzen der Stadt Halle liegt. Die Parkplatzsituation bei Konzerten ist immer angespannt und es empfiehlt sich, mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Sie äußerte die Ablehnung zu dem Antrag.

Herr Hebeda sagte, dass seine Fraktion den Antrag grundsätzlich für sinnvoll hält. Ein Parkraumkonzept bedeutet die Steuerung der Autos. Er äußerte seinen Unmut darüber, dass

bei Konzerten Knöllchen verteilt werden. Eine Einbindung des ÖPNV ist sinnvoll. Er sagte, es ist zu prüfen, ob es sich tatsächlich um einen übertragenen Wirkungskreis handelt.

Herr Vierkant sagte, dass es sich nicht um einen übertragenen Wirkungskreis handelt. Der Antrag beinhaltet den Auftrag einer Konzepterstellung und fordert nicht zu Straßensperrungen auf. Eine Einbindung des ÖPNV ist sinnvoll. Aber gerade in den Nachstunden ist das Sicherheitsgefühl in Bahnen massiv zurückgegangen.

Herr Dr. Erdsack sagte, dass der Parkraumbedarf punktuell auf die Veranstaltungen bezogen ist. Er fragte, ob die Tickets limitiert oder über den Preis gesteuert werden könnten, zum Beispiel kann man vergünstigte Tickets für Besucher anbieten, die mit dem ÖPNV anreisen.

Herr Rebenstorf fragte zum Verständnis, was damit gemeint ist.

Herr Dr. Erdsack sagte, dass man zum Beispiel Tickets ermäßigen kann für Menschen, die ohne Auto anreisen.

Herr Rebenstorf sagte, dass das eine Sache des Veranstalters ist.

Herr Schied sagte, dass sich der Veranstalter um genügend Parkraum bemühen muss. Das ist in anderen Städten auch so. Eine Bewirtschaftung solcher Parkflächen hält er für möglich und der Veranstalter sollte dabei in die Pflicht genommen werden.

Frau Dr. Burkert sagte, dass sie den Ausführungen von Frau Dr. Wünscher zustimmt. Sie verwies auf das Abschlusskonzert der Händelfestspiele, bei dem das Ticket auch eine Fahrkarte für den ÖPNV beinhaltet. Das ist eine gute Sache und sie regte an, dass auch für die Peißnitzbühne möglich zu machen.

Herr Raue sagte auf die Wortmeldung von Frau Dr. Wünscher, dass sie den Antrag missverstanden hat. Es fordert keiner, die Peißnitzbühne zuzuparken. Und auch in direkter Nähe sollen keine Parkplätze errichtet werden. Der Antrag beinhaltet lediglich die Forderung nach einem Parkraumkonzept. Er sagte weiterhin, dass sich der Antrag nicht im übertragenen Wirkungskreis befindet, da er keine Forderungen nach bestimmten Baumaßnahmen enthält, sondern lediglich die Forderung nach einem Parkraumkonzept.

Herr Schied sagte, dass Parkraumkonzepte in der Vergangenheit zur Kenntnis genommen und nicht abgestimmt wurden.

Herr Raue sagte, dass es in dem Antrag lediglich um die Konzepterstellung geht und es sich nicht um den übertragenen Wirkungskreis handelt.

Herr Schied sagte, dass es sich bei dem Veranstalter um einen gewinnorientierten Veranstalter handelt. In anderen Städten ist der ÖPNV im Ticket inkludiert, in Halle nicht.

Herr Vierkant sagte, dass die Stadt auch davon profitiert, wenn Leute von außerhalb anreisen, durch eventuelle Hotelübernachtungen oder Besuche in Restaurants.

Herr Schied sagte, dass dieses Argument absurd ist. Wer mit dem Auto ein Konzert besucht, fährt anschließend damit auch wieder nach Hause. Er sieht den Veranstalter in der Pflicht für genügend Parkmöglichkeiten zu sorgen.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass auf der Homepage der Peißnitzbühne steht, dass Konzertkarten vor und nach dem Konzert für die kostenfreie Nutzung des ÖPNV

berechtigen. Außerdem gibt es einen Hinweis, dass keine Parkplätze an der Konzertbühne zur Verfügung stehen und man die Park and Ride Parkplätze nutzen soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Parkraumkonzept für die Peißnitzbühne zu entwickeln und dieses dem Stadtrat bis März 2026 vorzulegen.

**zu 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verbesserung der
Parksituation in der Moses-Biletzky-Straße
Vorlage: VIII/2025/01800**

Frau Dr. Wünscher führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Kehrwieder sagte, dass seines Wissens nach, auch Prüfaufträge in den übertragenen Wirkungskreis eingreifen. Das gilt nur für Bitten und Anregungen nicht.

Herr Raue sagte, dass im Antrag steht, die Stadtverwaltung wird beauftragt.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass der Antrag den Passus „wird beauftragt zu prüfen“ beinhaltet.

Herr Schied empfahl der antragsstellenden Fraktion, den Antrag in eine Anregung umzuwandeln.

Herr Teschner sagte, dass es sich bei dem Antrag um den übertragenen Wirkungskreis handelt.

Herr Neumann sagte, dass er das Anliegen grundsätzlich verstehen kann. Er fragte, was die Stadtverwaltung für Möglichkeiten sieht, die Situation vor Ort zu verbessern.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass der Antrag in eine Anregung umgewandelt werden soll.

Herr Teschner sagte, dass der Parkplatzmangel das Grundproblem ist. Die Autos sind größer und breiter geworden, und es sind auch mehr geworden. An einigen Stellen wird der Platz irgendwann knapp.

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen und dem Stadtrat vorzuschlagen, in der Moses-Biletzky-Straße eine verkehrsrechtliche Anpassung vorzunehmen, die

eine Einbahnstraßenregelung sowie das Parken auf Teilen des Gehweges nach dem Vorbild der angrenzenden Max-Heder-Straße ermöglicht. Dabei ist die Sicherheit des Fußgängerverkehrs jederzeit zu gewährleisten.

2. Im Bereich der Kreuzungen und Engstellen der Moses-Biletzky-Straße sind durch die Verwaltung deutliche Parkverbotsmarkierungen (z. B. gelbe Linien) anzubringen, um die Zugänglichkeit für Entsorgungsfahrzeuge und Rettungsdienste dauerhaft sicherzustellen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah eine Vor-Ort-Begehung unter Beteiligung des Ordnungsamtes, des Fachbereichs Mobilität, der Hausverwaltung (Schmitz Gruppe) sowie Vertretern der Anwohnerschaft durchzuführen, um praktikable und anwohnerfreundliche Lösungen zu erarbeiten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Kostenbeteiligung der Eigentümergemeinschaft (z. B. bei Markierungsarbeiten) rechtlich und organisatorisch möglich ist, um die Umsetzung zu beschleunigen.
5. Das Ordnungsamt wird aufgefordert, bei wiederholten und behindernden Falschparkern, insbesondere im Bereich der Kreuzungen, künftig konsequente Maßnahmen bis hin zum Abschleppen zu prüfen und umzusetzen, um die Müllentsorgung und Rettungswege dauerhaft zu sichern.

zu 6.4 Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) auf Prüfung der Einführung von kontrollintensiven Bereichen zur Einschränkungen des zu öffentlichen Verschmutzungen und Vandalismus führenden Alkoholmißbrauches
Vorlage: VIII/2025/01801

Herr Dr. Erdsack sagte, dass der Antrag für erledigt zu erklären ist.

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen:

- 1)
 - A) Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen für die Einrichtung von Alkohol-Verbotzonen erfüllt werden?
 - B) Welche Änderungen der städtischen Gefahrenabwehrverordnung sind erforderlich?
 - C) Wie können die Zonen rechtssicher ausgestaltet werden (unter Berücksichtigung der gerichtlichen Beanstandungen pauschaler Verbote)?
- 2)
 - A) Welche Bereiche kommen für Alkohol-Verbotzonen in Betracht?
 - B) Wie sollten diese Zonen räumlich und zeitlich abgegrenzt werden?
 - C) Welche Beschilderung und Kennzeichnung ist sinnvoll?
- 3)

Wie kann die Einhaltung der Verbotzonen überwacht werden, bzw. welcher personelle und finanzielle Aufwand entsteht für das Ordnungsamt?

4)

Wie können Bürger, Gewerbetreibende und Interessengruppen in den Prozess einbezogen werden?

Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat bis zum Ende des ersten Quartals 2026 (Stadtrat März, Beginn warme Jahreszeit) eine konkrete Empfehlung für das weitere Vorgehen inklusive Umsetzungsplan mit Zeitschiene und Kostenschätzung vorzulegen.

zu 6.5 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur "Roten Liste der bedrohten Baudenkmale"
Vorlage: VIII/2025/01639

Herr Schied sagte, dass die Beschlussvorlage des Antrages angepasst wurde und bat um Zustimmung.

Herr Vierkant äußerte seine Bedenken gegenüber dem Antrag auf Grund des Datenschutzes.

Herr Schied sagte, dass der Antrag folgenden Passus enthält: Die Veröffentlichung hat in einer datenschutzkonformen, gekürzten Version (zum Schutz sensibler Informationen Dritter) öffentlich und in einer vollständigen Fassung nichtöffentlich zu erfolgen.

Herr Doege fragte, ob die datenschutzrechtliche Version wie die Baumfällliste aussehen soll.

Herr Rühl sagte, dass das Thema „Rote Liste“ die Stadtverwaltung schon lange beschäftigt. Man ist gerne bereit, kontinuierlich zu informieren. Eine Abstimmung mit dem Rechtsamt ist bereits erfolgt. Man sieht nicht die Gefahr, dass schützenswerte persönliche Daten Dritter gefährdet sind.

Herr Vierkant erkundigte sich, welche konkreten Inhalte im nicht öffentlichen Teil enthalten sein würden.

Herr Rühl antwortete, dass der konkrete Vorgang benannt werden würde. Zum Beispiel das Datum, welche konkreten Sicherungsmaßnahmen an einem bestimmten Objekt durchgeführt wurden, Fristen und die Reaktion des Bauherrn. Im öffentlichen Teil würde nur aufgeführt werden, dass dort eine laufende Prüfung existiert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Erarbeitung einer Auflistung zur Zustands- und Maßnahmenbeschreibung von Gebäuden der "Roten Liste der bedrohten Baudenkmale" durch die Stadtverwaltung. Diese ist dem Planungsausschuss halbjährig vorzustellen. **Die Veröffentlichung hat in einer datenschutzkonformen, gekürzten Version (zum Schutz sensibler Informationen Dritter) öffentlich und in einer vollständigen Fassung nichtöffentlich zu erfolgen.**
2. Die Auflistung hat tabellarisch zu erfolgen und nachfolgend zu beinhalten:
 - ~~Verkauf/ ggf. Verkaufsangebote~~ **Verkäufe sowie von Verkäufern öffentlich**

bekanntgemachte Verkaufsofferten

- ~~Beantragungen von Bauvoranfragen/ Bauanträge/ denkmalrechtliche Genehmigung~~ **Eingereichte und genehmigte Bauvoranfragen, Bauanträge und Anträge auf denkmalrechtliche Genehmigung, ggf. soweit sich Baulasten unmittelbar auf den praktischen Umgang mit den „Rote-Liste“-Objekten auswirken, wird im Rahmen der Informationsvorlagen entsprechend informiert werden**
- ~~Bauordnungsrechtliche Einschätzung zu lfd. Bauordnungsverfahren~~
- Aktuelle Zustandsbewertung aus statisch-konstruktiver Sicht
- ~~Erlassene Verfügungen nebst Dokumentation und Begleitung der Maßnahmen – dazu Vorgangsnummern bzw. Bezeichnung der Verwaltungsakte~~ **Erlassene bauordnungsrechtliche und/oder denkmalrechtliche Verfügungen mit Vorgangsnummern und Bezeichnung der Verwaltungsakte, ggf. ergänzt um entsprechende Dokumentationen, sowie einer Information inwieweit nach Ausführung von Ersatzvornahmen die entsprechenden Aufwendungen grundbuchrechtlich gesichert werden**
- Ausgereichte Fördermittel
- Potentiell zur Verfügung stehende Fördermittel
- ~~Grunddienstliche Eintragungen~~
- ~~Änderungen bei Eintragungen von Baulasten~~

**zu 6.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Errichten einer
Fahrradabstellanlage in der Niemeyerstraße
Vorlage: VIII/2025/01594**

Frau Dr. Burkert führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Bucher zeigte anhand der Präsentation die Situation vor Ort. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt. Er sagte, eine Errichtung der Abstellanlagen in den Kurven der Kreuzung ist denkbar.

Herr Vierkant sagte, dass der Antrag in der aktuellen Version nicht zustimmungswürdig ist, da Parkraum wegfallen würde.

Herr Raue fragte, ob bei der damaligen Planung Tiefgaragenplätze gefordert wurden.

Herr Rühl verneinte das.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme schreibt, den Antrag abzulehnen. In den Ausführungen von Herrn Rühl hörte sich das anders an. Sie fragte, wie die Verwaltung aktuell dazu steht. Weiterhin fragte sie, ob das Vorhaben finanzierbar ist und in die Haushaltsplanungen aufgenommen wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Antwort der Verwaltung zur aktuellen Version des Antrages bleibt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. für die Stadtgesellschaft den Weg zur klimaneutralen und intelligenten Stadt durch eine interaktive Visualisierung relevanter Indikatoren dauerhaft, transparent, niedrigschwellig und öffentlichkeitswirksam **in Form eines Smart City Dashboards bis zum 4. Quartal 2026** zugänglich zu machen.
2. die Indikatoren in einem weiteren Schritt auch in die Halle-App zu integrieren.
3. alle im Dashboard dargestellten Informationen regelmäßig und zeitnah nach ihrer Erhebung zu aktualisieren. Sofern die zugrundeliegenden Daten als Open Data geeignet sind, sind diese proaktiv, in vollem Umfang und in maschinenlesbarer Form zu veröffentlichen.
4. auf der Startseite von halle.de dauerhaft und sichtbar auf das Smart City Dashboard hinzuweisen.

zu 6.8 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG
Vorlage: VIII/2025/01624

Frau Labusga führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf sagte, dass es eine angepasste Stellungnahme geben wird. Die Stadtverwaltung bleibt bei der Ablehnung des Antrages.

Herr Vierkant sagte, dass auch eine andere Erklärung für den Tod der Vögel möglich ist.

Frau Dr. Burkert betonte ihre Zustimmung zum aktuellen Antrag.

Herr Dr. Erdsack fragte nach Statistiken über verunglückte Vögel aus anderen Städten, in denen baugleiche Wartehäuschen wie in Halle verwendet werden.

Frau Labusga sagte, dass in der Begründung solche Statistiken aufgeführt sind.

Herr Kehrwieder fragte, ob die derzeit angebrachten Muster an der Haltestelle „Spechtweg“ dem Antrag entsprechen.

Frau Labusga verneinte das.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die HAVAG den Vorschlag aus dem Antrag, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, bereits umsetzt. Sie betonte ihre Ablehnung zum Antrag.

Herr Doege sagte, dass eine vernünftige Lösung mit der HAVAG gefunden werden sollte. Es ist fraglich, ob das im Rahmen eines Antrages ist.

Herr Vierkant fragte, was die neuen Beklebungen der Haltestellen kosten würde.

Herr Rebenstorf verwies auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Herr Hebeda fragte, ob es Kenntnisse zu Vogelanschlügen an anderen Haltestellen außer dem „Spechtweg“ gibt.

Frau Labusga sagte, dass der Fraktion der Vogelschutz an Haltestellen sehr wichtig ist. Das

aktuelle Muster ist nicht wirksam.

Herr Schied fragte, wie hoch die Mehrkosten sind.

Herr Rebenstorf sagte, die Mehrkosten für andere Muster können nicht genau beziffert werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mit Patt abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) eine Strategie zur Verbesserung des Vogelschutzes an den halleschen Haltestellen zu entwickeln.
2. Im Zuge dessen ist eine Prioritätenliste der besonders vogelschlaggefährdeten Haltestellen zu erstellen. **Ein Austausch bzw. eine Erneuerung von Glasflächen an besonders vogelschlaggefährdeten Haltestellen soll nur anlassbezogen erfolgen, beispielsweise im Zuge von Baumaßnahmen oder bei notwendigem Ersatz.**
3. Teil der Strategieentwicklung soll die Festlegung eines fachlich fundierten Standards für Vogelschutzmuster an Haltestellen der HAVAG sein. **Dabei sind die Belange von Menschen mit Sehbeeinträchtigung besonders zu berücksichtigen.**

zu 6.10 Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Austausch der störanfälligen Senkelektanten am Marktplatz Halle (Saale).
Vorlage: VIII/2025/01791

Herr Kehr wieder führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Krischok sagte, dass die Senkelektanten nicht nur auf dem Marktplatz, sondern auch auf dem Wochenmarkt in Halle-Neustadt wichtig sind. Sie empfiehlt eine Nutzungsanleitung für Benutzende auszuhändigen.

Herr Vierkant fragte, ob parallel zum Antrag von der Stadtverwaltung neue Senkelektanten angeschafft wurden.

Herr Rebenstorf verneinte das.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob – unter Beachtung etwaiger Zweckbindungsfristen aus der Förderung der letzten Marktplatzsanierung – eine schrittweise Umrüstung defekter Senkelektanten auf ein weniger störanfälliges und wartungsärmeres System (z. B. Unterflurelektanten) möglich ist.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/02012

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 7.2 Herr Zwick zu seinem Abschied

Herr Zwick sagte, dass er die Stadtverwaltung zum Ende des Jahres verlässt. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde.

Frau Prof. Dr. Dalbert bedankte sich im Namen des Ausschusses für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wünschte Herrn Zwick alles Gute für die Zukunft.

Herr Rebenstorf bedankte sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und wünschte ihm alles Gute für seine zukünftigen Aufgaben.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entschärfung von Unfallsschwerpunkten und zum Schutz schwacher Verkehrsteilnehmender nach schweren Unfällen Vorlage: VIII/2025/01963

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Luftqualität und Belastung im Bereich der Paracelsusstraße Vorlage: VIII/2025/01964

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

**zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Situation von
Wildschweinen im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01965**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

**zu 8.4 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu Einbürgerungen in Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01864**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.4 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.5 Frau Krischok zum Orgacidgelände

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Krischok

Dankeschön. Ich möchte bezüglich der Grundwassermessstellen am Orgacidgelände nachfragen. Sie hatten im Oktober, laut Niederschrift, im Oktober, Herr Kuchta hatte ausgeführt, es soll eine Reaktivierung vorhandener Messstellen erfolgen. Das wissen wir, das sagen wir ja schon lange. Voraussichtlich in der kommenden Woche, die ist vorbei, soll die Ausschreibung für das Monitoring erfolgen.

Ich frage also: Ist es erfolgt? Bei positiver Bewerbung kann das Monitoring noch im laufenden Jahr erfolgen. Das Jahr ist fast zu Ende. Deshalb auch dazu meine Frage: Ja oder nein? Oder vielleicht ein bisschen ausführlicher, als nur ja oder nein. Dankeschön.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke Frau Krischok. Herr Kuchta.

Herr Kuchta

Ja, sehr geehrte Frau Krischok. Ich halte natürlich gerne mein Wort. Die Ausschreibung war erfolgreich. Wir hatten mehrere Angebote. Es gab einen Zuschlag. Das Monitoring läuft aktuell. Soll bis Ende Dezember, voraussichtlich, abgeschlossen sein. So dass wir zuversichtlich bleiben, dass wir Ihnen, wie zugesagt, im ersten Quartal die Messergebnisse präsentieren können.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.6 **Frau Dr. Burkert zum Lückenschluss**

zu 8.7 **Frau Dr. Burkert zum Feuerwerk**

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für die folgenden Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Burkert

Ja, vielen Dank. Ich habe zwei Fragen. Einmal möchte ich anknüpfen, an die Ausführung von Herrn Rebenstorf. Und freue mich auch und gratuliere Herrn Zwick zur Bürgermeisterwahl und hoffe, dass die Anbindung der Radwege in dem Umkreis sich dadurch auch verbessert. Aber Magdeburger Chaussee, da muss ich trotzdem nochmal nachhaken, gibt es ja einen Antrag der SPD-Fraktion zum Lückenschluss. Weil, es ist ja wirklich nur so ein kleines Stückchen Radweg dort entstanden.

Und die Frage ist, wie ist da der Planungsstand? Gibt es da Gelder, dass dann auch der Lückenschluss zu unserem Stadtgebiet vollzogen wird? Das ist die erste Frage. Und meine zweite Frage: Wir haben jetzt schon Dezember. Es ist nicht mehr lange hin, bis das Silvesterfest naht. Und wir wissen, Silvester ist ein besonderer Moment, wo auch schön geböllert wird, was, sag ich mal, in Maßen gut ist. Aber in unserer Stadt natürlich auch zum Teil sehr stark zu Unfällen führt. Aber auch zur Belastung von Tieren und der Umwelt.

Und ich wollte nochmal fragen, in wieweit die Stadt nochmal darauf hinweisen könnte, dass es Böllerverbote gibt, zum Beispiel in der Nähe von Krankenhäusern, Kirchen, Kinder-, Altersheim, in der Nähe von Zoos, Tierheimen. Dass man das nochmal publik macht, in den entsprechenden Medien. Also, ich denke hier an die Homepage der Stadt, ich denke an die Zeitung, ich denke an die sozialen Medien. Dass man das nochmal, weil, ich denke, dass die Stadt nicht in der Lage ist, dass wirklich alles zu kontrollieren.

Und, ob die Stadt nochmal überlegt hat, ob spezifische Zonen als böllerfreie Zonen zu Silvester ausgewiesen werden können. Da denke ich zum Beispiel, dass Berlin da vorangeschritten ist, gesagt hat, Alexanderplatz darf nicht geböllert werden. Oder in Münster auf dem Domplatz. Das wären meine zwei Fragen. Ich erinnere vielleicht nochmal an die Petition, wir haben gerade nochmal geschaut. 2,2 Millionen Menschen haben die Petition unterschrieben gegen Böllern zur Silvesternacht.

Und dieses Böller, diese Petition wird ja initiiert von der Gewerkschaft der Polizei. Und deshalb möchte ich das nochmal zum Anlass nehmen, um auf diese Problematik hinzuweisen und würde mir sehr sehr wünschen, wenn die Stadt da nochmal proaktiv wirklich auf die Bürger zugeht und hier drauf achtet, dass da wirklich die Verbotszonen eingehalten werden. Vielen Dank.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Vielen Dank, Frau Dr. Burkert. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende. Wir werden es uns reinteilen. Herr Bucher, Sie sind jetzt noch da. Konkret ist das Projekt noch nicht weiter fortgeschritten, den Lückenschluss. Ich weiß es jetzt nicht auf Grund der schieren Masse an Projekten, die wir haben. Aber vielleicht können Sie zwei Sätze sagen. Und zum Thema Silvester wird der Herr Teschner dann ausführen.

Herr Bucher

Ja, damit allen bewusst ist, worum es geht. Also, es geht um den, um die Verbindung von Halle Trotha nach Morl über Grube Ferdinande. Und, also an der L 50 ist das, Landesstraße 50. Und wie es der Name schon sagt, ist da eben das Land zuständig, außerhalb des Stadtgebietes, also, die Landesstraßenbaubehörde. Und das war auch ursprünglich ein Projekt der Landesstraßenbaubehörde, oder ist es immer noch.

Und wir haben uns als Stadt Halle da drangehangen quasi, weil wir gesagt haben, dass darf nicht an der Stadtgrenze enden, sondern es soll noch die Verbindung zum nächsten sinnvollen Anbindepunkt, und das ist eben der, die Einmündung Binnenhafenstraße. Und dieses Vorhaben konnten wir mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Programm „Stadt und Land“ realisieren. Zwischen Stadtgrenze und Einmündung Binnenhafenstraße.

Und jetzt wäre eben das Land an der Reihe, diese Fortsetzung in Richtung Morl zu realisieren. Da gibt es schon seit Jahren eine Planung dazu. Mir ist jetzt aber nicht, Mikro ausgegangen. Also, wie gesagt. Das ist jetzt Aufgabe des Landes, diesen Lückenschluss herzustellen.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herzlichen Dank. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Burkert guckt mich schon an. Herr Bucher, es ging in die andere Richtung, stadteinwärts. Also, planen wir etwas von der Binnenhafenstraße weiter Richtung, ich sag mal, Endhaltestelle Trotha?

Herr Bucher

Ich weiß schon, an der Straße An der Saalebahn sind ja beidseitig Radwege vorhanden bis zur Endstelle Trotha. Es ist wahrscheinlich gemeint zwischen An der Saalebahn und Binnenhafenstraße. Da ist im Moment keine Aktivität.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herzlichen Dank. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Vielleicht nochmal Ergänzung, Frau Dr. Burkert und Damen und Herren. Es geht jetzt nicht darum, dass wir nicht wollen. Aber wir müssen Prioritäten setzen und wir sind mit Radwegen im Bereich Dölau/Lettin, Waldstraßenviertel sehr aktiv unterwegs. Und mit dutzenden anderen Sachen. Auf einer Liste können wir es lassen, aber wann wir es konkret umsetzen können, kann ich Ihnen keinen Zeithorizont sagen. Ok, danke, Herr Bucher.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herzlichen Dank. Ich denke, die andere Frage beantwortet. Herr Teschner.

Herr Teschner

Ja, vielen Dank. Da geht es um Feuerwerksverbote, beziehungsweise Silvesterfeuerwerk. Wie in den letzten Jahren auch, und sicherlich auch im nächsten Jahr, darf ich darauf hinweisen, dass für die Verbote und Genehmigung von Feuerwerken nach Nummer 2.9 der Anlage zur Zuständigkeitsverordnung für das Sprengstoffrecht des Landes Sachsen-Anhalt, kurz Spreng-ZustVO, die Polizeiinspektion zuständig ist.

Und nicht die Stadt Halle. Das gleiche gilt für Kontrollen. Wie jedes Jahr kriegen wir Presseanfragen dazu und werden auch darauf hinweisen, wo die Feuerwerkverbotszonen von Gesetzeswegen her sind. Sie haben es schon gesagt, Krankenhäuser, Altenheime und

so weiter. Wir können es weder kontrollieren, noch können wir Feuerwerkverbotszonen zusätzlich schaffen.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Nochmal Frau Dr. Burkert

Frau Dr. Burkert

Kurze Rückfrage. Mein Wunsch war ja, dass man es nochmal in die Medien bringt. Also, Amtsblatt sind wir jetzt wahrscheinlich zu spät. Aber, Silvester kommt jedes Jahr. Dass man das im Amtsblatt einfach nochmal veröffentlicht. Und auch nochmal die Homepage der Stadt nutzt. Wir haben hier auch die, sag ich mal, die Zeitung und soziale Medien da.

Dass die das nochmal mit aufnehmen. Dass man einfach die Öffentlichkeit nochmal sensibilisiert. Und ich habe es so verstanden, dass die Städte schon festlegen können, wo sie Verbotszonen haben können. Also, Alexanderplatz, Domplatz Münster, hätte ich gedacht, hat die Stadt festgelegt.

Herr Teschner

Das ist Landesrecht. Und ich habe Ihnen die Gesetznormen im Land Sachsen-Anhalt zitiert. Die Landkreise sind es auch. Die kreisfreien Städte Magdeburg und Halle sind es nicht. Da sind es die PI. Das ist explizit so geregelt. Kann Ihnen das gerne mal schriftlich geben. Wir kriegen noch fünf Anfragen dazu von Medien. Jedes Mal die gleiche Antwort. Das ist im Land Sachsen-Anhalt so. Hat auch nichts mit Berlin zu tun. Und, wir weisen auch jedes Jahr auf diese Verbotszonen nochmal hin. Das machen wir auch.

Frau Dr. Burkert

Dann herzlichen Dank.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.8 Herr Hebeda zu Pflanzungen am Mühlgraben

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Hebeda

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe heute beim Lesen des Nachrichtenportals „Du bist Halle“ gesehen, dass am Mühlgraben dort Rasen weggebaggert wurde mit dem Ziel, dort auch zeitnah Blumenzwiebeln zu pflanzen, wie dort stand. Mich würde interessieren, da ja die Fläche auch relativ gut bekannt ist, dass sie gerade in den Frühjahrsmonaten auch teilweise überflutet ist, einerseits: Ist das sinnvoll?

Würden dann die Frühlingszwiebeln, die dort gesteckt werden, nicht Gefahr laufen, wegzuschimmeln über die Zeit? Und die zweite Frage wäre ganz grundsätzlich: Können Sie sagen, wieviel das Wegbaggern und Pflanzen, aber insbesondere Das Wegbaggern, gekostet hat? Vielen Dank.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Hebeda. Den zweiten Teil Ihrer Frage, was es gekostet hat, müssen wir schriftlich machen. Ich hatte jetzt Herrn Kuchta angeschaut. Und ansonsten ging es darum, den Bereich noch ein Stückchen weiter aufzuwerten. Ja, wenn es überflutet wird, kann es natürlich passieren, dass das, was am Rand ist, auch mit hinweggespült wird. Aber,

es ist jetzt zu mindestens ein Versuch, die Gestaltung noch etwas zu verbessern im Bereich des Mühlgrabens. Und wenn die Pflanzen blühen, dann blühen sie.

Und wenn sie dann doch irgendwie zu viel Wasser bekommen, ist mir das auch klar, dass sie das dann unter Umständen auch nicht überleben. Aber es ist eine Gestaltung. Wir haben ja immer alle gewusst, die bauliche Anlage und die Gestaltung der Mühlgrabenpromenade muss so ausgelegt werden, dass sie zu mindestens kurzzeitiger Überflutung standhält, ohne dass dort Schäden entstehen. Das Gleiche gilt für den Rasenbewuchs, der da wäre. Beziehungsweise auch für das Gras, was im Bereich zwischen Weg und Ufer ist. Muss man schauen, wie es sich entwickelt dann.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.9 Herr Schulz zu Altkleidern

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Schulz

Ja, vielen Dank. Also, vor einiger Zeit hatte ich ja eine kleine Anfrage zu einem vermüllten Altkleidercontainer in der Barbarastraße. Inzwischen ist dieser dauerhaft entfernt. Es gab ja auch Berichterstattungen in der MZ, dass die Branche in Schwierigkeiten ist und landesweit die Altkleidercontainer sich, sag ich jetzt mal, entfernen, verschwinden. Und da wollte ich mal fragen, ob der Stadt Erkenntnisse vorliegen, beziehungsweise, ob sie es weiß, wie viele Altkleidercontainer in Halle schon verschwunden sind.

Und daraus folgend, ob es Erkenntnisse gibt, ich weiß, dass das die Stadtwirtschaft sicherlich nur sagen kann, ob vermehrt Altkleider inzwischen im Restmüll landen. Wenn, sag ich mal, die Standorte von Altkleidercontainern sich auch in Halle verdünnt haben.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Herr Schulz. Herr Teschner.

Herr Teschner

Also, komplett belastbare Zahlen habe ich jetzt nicht auf der Tasche. Aber, ich kann Ihnen sagen, das eine Unternehmen hat sich zurückgezogen. Es hat überwiegend auch auf privaten Flächen Altkleidercontainer abgestellt. Das zweite Unternehmen, was wir auch hier im öffentlichen Raum haben, ist da. Da gibt es auch keine relevante Reduzierung. Also, ist jetzt nicht so, dass ein Großteil der Container verschwunden ist. Der Großteil ist noch da. Und ich glaube, das ist ja bundesweit ein Problem, dass zum einen ein Missverständnis da ist, dass jetzt fast jeder Putzlappen in diesen Tonnen landet.

Dass ist aber falsch. Es geht ja um verwertbare Kleider. Das ist teilweise in der Öffentlichkeit aber nicht so rübergekommen. So dass man jetzt alles da rein gequetscht hat, obwohl es gar nicht weiter verwendbar ist. Das stellt die Betreiber vor große Aufgaben. Und zweitens ist durch Massen Billigware weltweit der Preisverfall einfach da. So dass eine Verwertung auch schwierig ist. Mit wenig Kosten bleibt auch wenig Geld für das Aufräumen.

Und wenn dann auch noch alles möglich mit da reingestopft wird, haben wir das Problem, was wir jetzt im Augenblick haben. Das betrifft auch Halle. Es ist jetzt aber im Augenblick nicht so, dass wir eine so starke Reduzierung dieser Container haben, dass wir jetzt ein Entsorgungsproblem haben. Das ist noch nicht so. Aber, gelöst ist es auch noch nicht.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.10 Herr Neumann zum Klimaschutz

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Neumann

Ja, vielen Dank. Erst einmal auch von mir nochmal vielen Dank für die Arbeit. Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, nochmal ihr Wissen anzuzapfen. Und hab dann noch eine zweite kurze Frage. Und zwar geht es um Klimaschutz. Es geht darum: Wir haben als Fraktion eine Anfrage gestellt, im letzten Stadtrat. Rund um diese Themen, wie sich das entwickelt hat, auf Grund der Verwaltungsänderung, die es in den vergangenen Monaten gab.

Und ich fand diese Anfrage und die Antworten dann doch sehr spannend und für den Ausschuss hier einfach sehr relevant. Also, ich fasse jetzt mal bisschen vereinfacht zusammen, was die drei wichtigen Punkte sind, die ich davon mitgenommen habe. Und dann interessiert mich sehr, was Sie dazu sagen. Der Punkt, dass es zu Verzögerungen kommt, rund um das Klimaschutzkonzept, auf Grund dieser Umstrukturierung.

Weil einfach Anpassungen erfolgt sind, Abläufe sich ändern. Das ist der Eine, den ich wichtig fand. Der Zweite, dass durch diese, ja, Verschiebung jetzt, und dass Themen wie Energieressourceneffizienz nicht direkt bei Ihnen im Bereich liegen. Dass es dadurch, das auch durch die ressortübergreifende Steuerung, haben Sie geschrieben, es zu zeitlichen Verzögerungen kommt.

Und das Dritte, was ich natürlich in der aktuellen Haushaltslage sehr wichtig finde, dass bei, vor allem bei kurzfristigen Förderaufrufen, diese Abstimmungsprozesse als hinderlich erwiesen haben. Das klingt für mich danach, dass wir womöglich da Förderungen verpasst haben. Und deshalb ist meine Frage, was für, bei was für Förderaufrufen wir uns da womöglich nicht bewerben konnten und in wie fern sich das absehbar diese Situation zeitliche Verzögerung Förderaufrufe und so weiter, verbessern wird. Ob es da vielleicht auch irgendwie Änderungen in der Struktur geben wird. Danke.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Herr Neumann.

Herr Zwick

Ja, also grundsätzlich ist es fast bei allen drei Fragen eine ähnliche Antwort. Denn das Klimathema, oder generell die Nachhaltigkeitsthemen, sind Querschnittsthemen. In der Form eines Dienstleistungszentrums, was beim OB-Bereich angesiedelt war, war der direkte Zugriff auf jede Einheit möglich. Mittlerweile ist es so, dass in vielen Köpfen der Stadtverwaltung, aber auch bei den privatrechtlichen Akteuren oder Wirtschaftsunternehmen, dieses Thema ständig mitgedacht wird, aber eben nicht überall.

Und es gibt ebenso auch Bereiche in der Stadtverwaltung, die ihr Silo da halten. Und da ist der Direktzugriff nicht mehr möglich. Und das heißt, da wird es dann schwierig, entsprechende Informationen schnell zu bekommen. Dann geht die Prozesskette los, wir sind ein Team, dann geht es zur Abteilung, dann geht es zum Geschäftsbereich, dann wechselt es in den anderen Geschäftsbereich und dann geht das Thema dort wieder runter, wo es hinsoll. Und eh das zurück ist, sind teilweise Wochen vergangen und Förderaufrufe sind häufig auch sehr kurzfristig.

Und dann reicht die Zeitkette nicht mehr, um sinnvoll entscheiden zu können. Die Thematik ist natürlich auch problematisch, wenn man dem Umweltbereich zugeordnet ist, dann orientiert man sich auch an den Umweltthemen. Dann spielen die Energiethemen eher eine untergeordnete Rolle, wobei das das absolute Fundament für den Klimaschutz ist. Die Energieverbräuche, die Energieeffizienz, die Energiepotenziale. Das heißt, das würde ich wahrscheinlich auch als Nutzer und Suchender gar nicht im Umweltbereich suchen.

Das gleiche ist das Thema Mobilität. Mobilität hat enorme Auswirkungen auf das Thema Klima im Bereich Anpassung, aber auch im Bereich Resilienz und Schutz. Würde ich nie im Bereich Umwelt suchen. Was machen wir also? Wir orientieren uns nach Themen, die wir als Schnittmenge mit dem Umweltbereich haben und prägen diese stärker. Und dafür treten dann, ich sag mal, Hauptthemen, auf denen wir, wo wir wenig Zugriff haben, wo wir wenig Schnittmengen haben, dann eher in den Hintergrund. Was aber hier auch die Querschnittsfunktion enorm beeinflusst und stark verschiebt. Und das ist eigentlich auch aus den entsprechenden Antworten nochmal genau rauszunehmen.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Nachfrage, Herr Neumann?

Herr Neumann

Danke. Dann würde ich trotzdem nochmal konkret nachfragen, was für kurzfristige Förderaufrufe wir da womöglich verpasst haben und ob es da womöglich künftig Änderungen gibt. Vielleicht ist das auch eine Frage in Richtung von Ihnen, Herr Rebenstorf. Vielen Dank.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Herr Neumann. Herr Kuchta.

Herr Kuchta

Ja, also natürlich mussten wir uns erstmal finden. Wenn ein Dienstleistungszentrum eigenständig gelaufen ist und die Entscheidungsstruktur so war, dass der Oberbürgermeister, beziehungsweise der Bürgermeister, in der Vertretungszeit die einzige Ansprechfunktion war, ist es natürlich eine Herausforderung zu sagen, ich werde jetzt als einzelnes Team in einem Fachbereich integriert. Das ist, glaube ich, ganz normal, sodass wir unsere Zusammenarbeit erstmal finden mussten. Wir haben natürlich immer die Herausforderung, dass wir räumlich getrennt sind. Fachbereich Umwelt Scheibe A, während die Kollegen des Team Klima im Ratshof sitzen.

Nochmal zusätzliche Baustelle, die Abteilungsleitung, die derzeit in Elternzeit noch ist, sodass das eben personell auch schwierig, alles zu stemmen war. Ich glaube, wir haben nach und nach jetzt ein gutes Fundament gefunden, gute Basis zur Zusammenarbeit. Umso trauriger ist es, dass Herr Zwick eine sehr spannende neue Herausforderung für sich gefunden hat. Das haben wir zu akzeptieren, wünschen ihm natürlich da auch alles Gute. Wir müssen schauen. Wir sind gerade dabei, die Stellenbeschreibung anzupassen, sind natürlich bemüht, so schnell wie möglich da eine Nachfolgeregelung zu finden.

Das ist uns noch nicht abschließend gelungen, weil wir noch in Abstimmung auch mit dem Fachbereich Personal sind. Sind aber guter Dinge und ist natürlich unser Bestreben, auch als Fachbereich Umwelt, da möglichst schnell eine Nachfolge zu finden. Und die Abteilungsleitung, die für das Team zuständig ist, wird voraussichtlich auch in absehbarer Zeit im Januar wiederkommen, sodass wir uns da zeitnah auch mit Herrn Rebenstorf und seinen Vorstellungen, wie das weitergehen soll, auseinandersetzen werden und dann die Neuausrichtung eben vorantreiben werden.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Herr Kuchta. Nochmal Herr Neumann.

Herr Neumann

Es tut mir leid. Die Nachfrage zu den verpassten Förderaufrufen ist noch offen.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herr Zwick.

Herr Zwick

Wir legen vor allen Dingen Wert im Klimabereich auf Förderkulissen, die teilweise 100 Prozent finanziert sind und mehrere Jahre laufen. Das letzte Beispiel, was ich hatte, ich kann die Förderkulisse nicht benennen, die müsste ich nochmal nachliefern, weil die sehr kompliziert beschrieben war, war, dass wir im Prinzip über Messsensorik und über gewisse Verzahnung der Messwerte mit KI sozusagen Pilot schaffen wollten, wie man diesen digitalen Zwilling zusammen mit KI in der mikroklimatischen Begutachtung in der Stadt kombinieren kann, um lange Messreihen im Endeffekt zu verhindern und um das Ganze effizienter zu machen.

Und dort konnten wir den Förderaufruf und den Antrag nicht so qualifizieren, weil die Rückmeldung einfach zu lange dauerten und die Prozessketten einfach zu lang waren, dass wir da nicht zum Zuge gekommen sind. Das ist so ein Beispiel, also da reden wir über ein sehr hochwertig ausgestattetes Programm, meistens mit dem Fraunhofer Instituten oder mit den mit dem DLR, also Deutsches Luft- und Raumfahrtzentrum zusammen, die solche Förderaufrufe machen. Ich kann das gerne nochmal nachliefern, wie das hieß. Dort haben wir auch mit der Universität zusammen eben dann nicht so schnell so eine Qualität des Antrags erzeugen können, dass es dann gereicht hätte, zum Zuge zu kommen. Es sind andere zum Zuge gekommen.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.11 Herr Neumann zur Kleinen Ulrichstraße

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Neumann

Danke. Und jetzt will ich noch ganz schnell meine zweite Nachfrage loswerden. Herr Rebenstorf, Sie hatten mir ja versprochen, dass die Kleine Ulrichstraße dieses Jahr repariert wird. Jetzt ist aktuell, siehe Social Media vor zwei Stunden, da jetzt tatsächlich ein, ich glaube vorm Luja, ist es ein Loch, da fehlen zwei Steine. Die Frage, ob man das schnell repariert bekommt. Danke.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Neumann, dann müssen wir es mitnehmen und ans Tiefbauamt geben.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.12 Frau Labusga zur Lichtsignalanlage am Reileck

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Labusga

Vielen Dank. Ich habe eine Anfrage zum Reileck und zur Lichtsignalanlage dort. Und zwar war schon in den Jahren 22/23 das immer wieder wohl Thema hier im Ausschuss gewesen. Und konkret geht es eben um die Schaltung der Ampel in der Ludwig-Wucherer-Straße, wo eben regelmäßig Rotlichtverstöße beobachtet wurden, was zu brenzligen Situationen an der gegenüberliegenden Kreuzungsseite, eben Richtung Richard-Wagner-Straße, führt oder geführt hat.

Und im August 2023 wurde dann angekündigt von der Verwaltung, dass da eine Anpassung vorgenommen wird an der Lichtsignalanlage im Rahmen des Sonderprogramms „Stadt- und Land Radverkehr Ludwig-Wucherer-Straße“. Und da wollte ich mich jetzt mal informieren, ob diese Anpassung erfolgt ist, wie zugesagt und wie die Situation derzeit eingeschätzt wird. Meinem Gefühl nach, wenn ich dort selbst die Ampel quere, immer noch schwierig.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Frau Labusga. Meine Herren, ich würde Sie bitten, sich noch ein bisschen zusammenzureißen. Ich weiß, die Sitzung ist lang, aber wir nähern uns dem Ende. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Teschner und ich haben uns eben kurz dazu ausgetauscht. Frau Labusga, wir müssen es leider schriftlich machen, weil das kriegen wir jetzt nicht aus Erinnerung zusammen, wie das ganze Thema weitergegangen ist.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.13 Frau Dr. Wünscher zur Dieselstraße

zu 8.14 Frau Dr. Wünscher zur Geiststraße

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Rebenstorf, meine erste Frage: Wie ist der Sachstand zur Dieselstraße, zum Durchfahr- oder Nichtahrverbot und konnte es eine Einigung mit der HAVAG geben, um dort eventuell Änderungen herbeizuführen. Und das nächste noch eine Feststellung und das sicher in Richtung von Herrn Teschner, also nach wie vor ist es einer Geiststraße so, dass das Überholverbot von Autos bezüglich der Fahrradfahrer, also sozusagen, ich würde jetzt mal sagen, neuneinhalb von zehn Autos fahren einfach munter vorbei. Und das würde ich schätzen, nicht nur mit 30 km/h, sondern deutlich schneller. Ich weiß, das ist kompliziert, aber ich denke, wenn dort nicht mal eine bestimmte Zeit, also auch in kürzeren Abständen das Ganze kontrolliert wird, dann wird sich da nichts ändern.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Frau Dr. Wünscher. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Okay, die Botschaft zum zweiten Teil ist bei Herrn Teschner angekommen. Und zur Dieselstraße muss ich sie leider auch auf eine schriftliche Antwort vertrösten, weil ich beim Fachbereich Mobilität nochmal nachfragen muss, die hier heute logischerweise nicht mit dabei sind.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herr Teschner.

Herr Teschner

Ich leite das immer gerne an die Polizei weiter. Die muss die Kontrollen zum Überholverbot ja durchführen, bekanntlich. Das können wir nicht machen.

Frau Dr. Wünscher

Das weiß ich. Aber zumindest solche mobilen Blitzer kann man abstellen, dann kann man zumindest die Raser schon mal sozusagen bisschen abfangen.

Herr Teschner

Das haben wir aber geprüft. Da war die Überschreitungsquote, ich glaube im niedrigen, einstelligen Bereich. Also, das Rasen ist nicht das Problem. Das andere verstehe ich, das Überholen der Radfahrer ist tatsächlich das Thema.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.15 Frau Prof. Dr. Dalbert zum Riveufer

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Okay, herzlichen Dank. Ich hätte jetzt auch eine Anfrage. Ich habe keine mehr auf meiner Liste. Wenn ich darf, würde ich das von hier aus fragen, sozusagen. Und zwar geht es mir um die Büdchen am Riveufer. Das Problem ist an mich herangetragen worden. Aber inzwischen können wir das Problem ja auch bei Du bist Halle nachlesen, dass die Stadt den Büdchen gekündigt hat und sozusagen offensichtlich Mieterhöhungen will. Und der Presse konnten wir dann entnehmen, dass es Gespräche mit dem Betreibern der Büdchen gibt. Und da würde mich das, der Zwischenstand, oder das Ergebnis der Gespräche mit den Betreibern interessieren.

Herr Rebenstorf

Ja. Also, Frau Vorsitzende, tut mir leid, auch das muss ich leider schriftlich machen, weil das die Zuständigkeit von Frau Dr. Marquard ist. Alles, was mit kommunalen Liegenschaften, Vermietungen, Verträgen und so weiter. Ich kenne das Thema am Rande auch, aber ich kann leider jetzt hier nicht inhaltlich dazu ausführen. Das muss die Kollegin Beigeordnete Ihnen dann schriftlich nachliefern. Ja, aber Herr Schied, ich will mich jetzt dazu nicht äußern, weil ich weiß es nicht genau, weil das wird logischerweise auch nicht mit mir abgestimmt, weil ist nicht mein Thema. Obwohl ich das Thema für wichtig halte, aber wir haben eine Hierarchie und eine Zuständigkeit in der Verwaltung.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Gut, dann freue ich mich auf die schriftliche Antwort.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.16 Herr Schied zum Gebiet in Ammendorf

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Schied

Dass ist jetzt nicht Ihr Thema, aber ich habe ein Problem. Ich kann nächste Woche nicht den Planungsausschuss kommen, weil ich da im Sozialausschuss sitze. Und ich komme auch nicht in AWWD. Und ich hatte eine Frage gestellt im letzten Monat, die Sie mir vielleicht beantworten können, die werde ich auch immer wieder mal stellen. Und zwar geht es um Ammendorf und im weitesten Sinne hat es vielleicht auch was mit Ordnung zu tun. Und zwar gibt es ja, gab es in Ammendorf einen Aldi. Und damals gab es auch noch einen Kik.

Und wir hatten ja damals so ein Streit, um das Thema Bebauungsplan, Bebauungsplanänderung. Und dann in diesem, ich hatte damals bemerkt, dass zu der Zeit, gerade als wir den Bebauungsplan geändert hatten, ein neuer, es einen neuen Besitzer des Grundstücks gegeben hat. Und meine Befürchtungen waren, dass die Pläne da so vielleicht in eine ganz andere Richtung laufen. Sie haben dann immer argumentiert, das ist alles, ich weiß nicht, wie Sie argumentiert haben, aber es ist jedenfalls Quatsch oder wie auch immer. Oder Ihre Argumentation war immer, der Aldi will sich dort erweitern.

Und meine Befürchtungen sind alle, also obsolet oder wie auch immer. Nun hat sich der Aldi aber nicht erweitert, beziehungsweise der Aldi ist jetzt zu. Gibt es denn da neue Bauanfragen oder irgendwelche Sachen, die auf dem Gelände eventuell in Zukunft tritt angedacht sind? Wissen Sie da schon was?

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Herr Schied. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Schied. Also dahingehend sollte ich ja Recht haben oder Recht behalten haben, dass es dort keine Aufweitung oder Ausweitung der Verkaufsflächen gibt. Im Gegenteil, es ist ja weniger geworden. Wir wissen theoretisch, ja, wir wissen auch alle, dass das Baurecht nicht so ohne weiteres verschwindet dann. Der Stand hin, der Stand her. Was aktuell ist, ist mir nicht bekannt. Ich kann nochmal bei der Bauordnung nachfragen, ob irgendwelche Anträge auf Nutzungsänderungen oder sonst was tagesaktuell eingegangen ist, was ich jetzt nicht weiß. Ich kriege regelmäßig eine Liste vorgelegt mit Bauanträgen, die eingegangen ist. Aber da liegen mitunter mehrere Wochen dazwischen, manchmal auch Monate. Ich würde das nochmal klären, ob es was tagesaktuelles gibt, aber ich kann Ihnen im Moment nur bestätigen, als Momentaufnahme doppelt, dass nichts dergleichen vorliegt.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.17 Herr Vierkant zum Stau an der Hochstraße

Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herzlichen Dank, Herr Vierkant.

Herr Vierkant

Ich mach es auch ganz kurz. Danke, Frau Vorsitzende. Ich wollte noch mal nachfragen. Ich hatte jetzt im Stadtrat das Thema schon mal angesprochen mit dem illegalen Rechtsabbiegenden von der B80 kommend, hoch auf die Hofstraße. Das ist halt weiterhin ein großes Problem, dass entsprechend da die Kreuzung am Rennbahnkreuz zugestellt wird, von entsprechenden Leuten, die dann aus Richtung Eisleben kommend auf die Hochstraße hochwollen und sie nicht einreihen wollen. Dann entsprechend vorfahren bis zum Rennbahnkreuz und dann rechts abbiegen, sodass entsprechend die anderen Autos nicht über die Kreuzung rüber können, wenn sie die Kreuzung nicht zuparken wollen.

Gibt es da entsprechend Gespräche mit der Polizei oder mittlerweile wurde ja auch die Anregung aufgegriffen, da mal Kameraüberwachung da zu machen um da entsprechend was zu regeln. Ist da irgendwas passiert in der Zwischenzeit? Weil, ich finde die Anregungen nicht im Hauptausschuss, deswegen wollte ich immer nachfragen.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Herr Teschner.

Herr Teschner

Also ich weiß, dass wir aus verschiedenen Richtungen ja die entsprechenden Markierungen, beziehungsweise, ja, die Leitboys sozusagen immer verändert haben. Und die Situation sich auch verbessert hat. Also, ich weiß, was Sie damals meinten. Aber ich konnte es nicht mehr beobachten. Und ich kann jetzt nicht sagen, wie oft die Polizei dort kontrolliert hat. Aber es wurde ja angepasst, letzten Endes. Die Spurführung wurde ein bisschen angepasst von verschiedenen Stellen, so dass das eigentlich jetzt eher nicht unmöglich ist, aber nicht mehr attraktiv ist. Also ich habe es nicht mehr beobachtet. Ich weiß nicht, ob jetzt Sie jetzt jeden Tag lang kommen. Ich komme dort eigentlich jeden Tag fast lang, zumindest von oben schauend, hab es nicht mehr gesehen.

Herr Vierkant

Also ich komme da jeden Morgen vorbei und es ist immer wieder das Gleiche, dass man einfach nicht über die Kreuzung rüberkommt, weil die illegal rechts abbiegen.

Herr Teschner

Leiten wir nochmal weiter an die Polizei.

Ende des Wortprotokolls.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Prof. Dr. Claudia Dalbert
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin